

Thema / Titel:

Sicherheit vs. Freiheit / Sicherheit und Freiheit im Internet

von Pascal Aczel (Gewinner Aufsatzwettbewerb)

Kantonsschule Wohlen, Schweiz

Sicherheit und Freiheit im Internet – ein Gegensatz? Wie kann die Sicherheit im Internet gewährleistet werden, ohne dass die Freiheit der Nutzer beeinträchtigt wird? Diesem Thema nehme ich mich in diesem Text mit mehreren aktuellen Beispielen an und versuche zu argumentieren, weshalb das Thema unterschätzt wird und wieso es auch im Zusammenhang mit der Demokratie von grosser Bedeutung ist.

Recht im Internet – ein in vieler Hinsicht höchst aktuelles Thema. Um das zu erkennen, reicht es, wenn wir einen Blick nach Brüssel werfen: Kürzlich wurde von der EU eine Urheberrechtsreform beschlossen, welche zuvor kontrovers diskutiert wurde. Auf der Seite der Befürworter standen die mehrheitlich älteren Verfasser der Reform aus dem EU-Parlament sowie Musiklabels wie die GEMA, die von der Reform profitieren würden. Ihre Meinung war und ist es, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sein dürfe, deren Meinung ich in diesem Fall unterstütze. Auf der Seite der Opposition stehen hingegen mehrheitlich junge Leute, die eine Zensur des freien Internets befürchten und in ihrer Haltung von potenziell von der Reform betroffenen Parteien, wie z. B. von YouTubern, unterstützt werden. Etwas kann man vorwegnehmen: Die beiden Gruppen sind sich nur in wenigen Dingen einig. Ohne jetzt weiter auf die Argumentationen der beiden Parteien und auf den genauen Inhalt der Richtlinie einzugehen, lässt sich etwas erkennen: Gesetze, die das Internet betreffen, haben einen schweren Stand. Doch wie lassen sich Gesetze für das Internet verwirklichen, ohne Hunderttausende von jungen Leuten provozieren zu müssen, auf die Strasse zu gehen? Das ist eine Frage, die den Nerv der Zeit trifft und deren Komplexität leider von grossen Bevölkerungsgruppen noch immer unterschätzt wird. Der Wille nach einer Reform, die regeln soll, dass beim Upload von Inhalten ins Internet das Urheberrecht beachtet werden soll, ist für mich klar berechtigt. Doch die Möglichkeit, das mit Algorithmen ohne Probleme umsetzen zu können, ist auf dem heutigen Stand der Technik noch nahezu unmöglich, wie viele IT-Fachpersonen bestätigen. Viel zu schwer ist es für die Maschine zu erkennen, welcher Inhalt mutmasslich geklaut und wieder hochgeladen wurde und was unter Satire fällt, wie zum Beispiel ein lustiges «Meme». Zu gross ist die Gefahr, dass Plattformen wie YouTube, die für Urheberrechtsverletzungen haften müssten, den sicheren Weg gehen und vorsorglich alle potenziellen Verletzungen der Richtlinie sperren, was zu Zensur führen könnte.

Doch hier mache ich einen Punkt mit dem Beispiel der EU-Urheberrechtsreform und wechsele zum Problem der Cyberkriminalität. Mutmassliche Hacker der Justiz überstellen zu können, ist heute noch ein beinahe unmögliches Unterfangen. In den Weiten des so hochgelobten freien Internets besteht sehr viel Platz für Anonymität, was der Justiz einen grossen Strich durch die Rechnung machen kann. Spuren können sich verwischen und auf die ganze Welt ausbreiten - die dafür nötige Zusammenarbeit von Polizeidepartementen verschiedener Staaten wird durch die wechselhaften Beziehungen zwischen wichtigen Grossmächten in aktueller Zeit auch nicht begünstigt. In meinem Fazit werde ich auf mögliche Lösungsansätze für das Problem der sich schwierig gestaltenden Überführung von Cyberkriminellen noch weiter eingehen. Aber um hier neben der Sicherheit auch noch auf die Freiheit einzugehen: Wie könnten mutmassliche Hacker all ihren Möglichkeiten beraubt werden, ohne die ohne böse Absicht das Internet konsultierende Mehrheit zu schikanieren? Das ist eine weitere Frage, die unsere Gesellschaft im Rahmen der Cyberabwehr noch länger verfolgen wird und die ich im Fazit ebenfalls noch kurz erwähnen werde.

Als letztes Beispiel gehe ich auf ein in der Schweiz aktuelles und auch die Demokratie betreffendes Problem ein: Die Möglichkeit des E-Votings. Schnell per Handy die Stimme für eine Partei abgeben – leider aktuell noch ein Wunschtraum. Meiner Meinung nach ist die Idee der elektronischen Stimmabgabe genial: Junge Erwachsene können für die Abgabe ihrer Stimme bewegt werden, unnötiger Papierkram wird eliminiert und zusätzliches Interesse für die Politik kann generiert werden. Die Schweizerische Post war dieser Idee mit der Entwicklung einer E-Voting-Lösung sogar sehr nah und auf regionaler Ebene (z. B. in gewissen Kantonen und für Auslandschweizer) wurde das E-Voting bereits seit längerem praktiziert. Trotzdem wurde vor wenigen Wochen bekannt gegeben, dass der Bund das Projekt bis auf weiteres nicht auf nationale Ebene erweitert und dass bereits bestehende Pläne einzelner Kantone sistiert werden. Wieso der plötzliche Wandel von einer kollektiven Euphorie zu einer Zurückstellung aller Projekte? Das Problem war die Sicherheit. Die Post liess ihr Programm offiziell hacken, um auf Sicherheitslücken hingewiesen werden zu können. Vor dem Start dieses Programms informierte der Projektleiter noch, er werde gut schlafen – trotzdem wurden Lücken entdeckt. Die Post meldete zwar, dass diese Lücke bereits bekannt war und nur nicht vollständig behoben wurde. Trotzdem wirft es ein schlechtes Licht auf das E-Voting: Es ist heute noch nicht möglich, ein Programm mit so guten Sicherheitsvorkehrungen zu entwickeln, damit diese nicht von einem noch stärkeren Hacker hintergangen werden können. Und das kann ein ernsthaftes Problem für unsere Demokratie darstellen: Wenn das Resultat einer wichtigen Abstimmung verändert wird, kann das schwerwiegende Auswirkungen auf die politische Entwicklung eines Staates haben.

Ich komme hiermit zu meinem Fazit. Ich habe bereits in allen meinen Beispielen erwähnt, dass die Sicherheit im Internet ein grosses und wichtiges Thema unserer Gesellschaft ist und von dieser auch als das wahrgenommen werden sollte. Das Bewusstsein dieser Probleme ist leider noch nicht überall erreicht, was man am Beispiel der Schweizer Armee erkennt: Viel zu sehr ist man noch auf die herkömmlichen Strategien fixiert; es wird das Schiessen, langes Marschieren und das Verteidigen seines Territoriums geübt. Daneben fristet die Cyberabteilung ein Schattendasein. Ich plädiere dafür, dass diese ausgebaut wird und zu einem Hauptstandbein neben den herkömmlichen Abteilungen aufgebaut wird. Gleichzeitig soll eine stärkere internationale Zusammenarbeit im Rahmen einer «Internetpolizei» angestrebt werden. Das Internet orientiert sich nämlich nicht an Landesgrenzen. Nur mit einer internationalen Lösung können Überführungen von Straftätern im Internet besser abgewickelt werden. Zudem soll jeder Staat mehr in die Verfassung und in die Umsetzung von angemessenen Gesetzen für das Internet und modernen Technologien wie zum Beispiel die Möglichkeit eines E-Votings investieren, damit eine Sicherheit im Internet so gewährleistet werden kann, dass sie die Freiheit der Nutzer nicht tangiert und der Demokratie eine blühende Zukunft beschert wird.